

Verschärfte Globalisierung. Was jetzt?

Von Pia Hecher

Was bedeutet Globalisierung im 21. Jahrhundert? Auf Einladung von WIDE hielt Christa Wichterich am 5.12.2017 einen Vortrag über Care-Ökonomie, Mega-Projekte und einen Marshall-Plan für Afrika. Als Moderatorin des Abends fungierte WIDE-Obfrau Edith Schnitzer.

Christa Wichterich ist Soziologin, Publizistin und Universitätsdozentin mit Arbeitsschwerpunkt auf internationale Frauenpolitik, Frauenarbeit, Globalisierung und Ökologie. Seit vielen Jahren arbeitet sie auch als freiberufliche Journalistin, Buchautorin und Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit.¹ Wichterichs geographische Schwerpunkte sind Süd- und Südostasien, sowie Ost- und Südafrika. Als Lehrbeauftragte und Dozentin hat sie an Universitäten in Deutschland, Österreich, der Schweiz, dem Iran und Indien unterrichtet, 2013/14 war sie als Gastprofessorin für Geschlechterpolitik an der Universität Kassel tätig. Christa Wichterich arbeitet außerdem ehrenamtlich im wissenschaftlichen Beirat von *attac* Deutschland, im Kuratorium der Stiftung Asienhaus und bei Women in Development Europe (WIDE+).

Warum „verschärfte“ Globalisierung?

Christa Wichterich erklärte zunächst, dass wir uns in einer Phase verschärfter oder intensivierter Globalisierung befinden, die von einer extraktivistischen, produktivistischen und wachstumsbesessenen Logik angetrieben wird. Diese Phase ist von einer Intensivierung des Welthandels, wirtschaftlicher Liberalisierung, einem Rückzug des Wohlfahrtsstaats, der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer und von zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen gezeichnet. Das gesellschaftliche Naturverhältnis, das einer verschärften Globalisierung zugrunde liegt, beruht laut Wichterich auf den Konzepten der „Herrschaft und Unterwerfung“. Aktuelle Entwicklungen in der Landwirtschaft, Landnutzung und Ernährungssicherheit seien Indikatoren dafür.

Umwelt beherrschen, nicht beschützen

Als exemplarische Megatrends sieht Christa Wichterich die synthetische Veränderung von Organismen, welche künftig die Ernährungssicherheit erhöhen und natürliche Produkte ersetzen sollen – mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt. Derartige Entwicklungen seien bedenklich, da sie auf Kosten der Wertschöpfung die Natur verändern und schlimmstenfalls beschädigen. Als einen weiteren Schritt zur Ökonomisierung der Landwirtschaft nannte Wichterich Digitalisierung und Automatisierung. Mit Hilfe von Elektronik, etwa durch automatische Steuerung landwirtschaftlicher Geräte, sollen in Zukunft Erträge maximiert und eine Präzisionslandwirtschaft geschaffen werden. Mit Hilfe von Bio-Ökonomie sollen außerdem fossile Ressourcen durch biologische ersetzt werden.

Trends wie Präzisionslandwirtschaft und Bio-Ökonomie brauchen laut Christa Wichterich viel Land, schaffen aber kaum neue Jobs und verursachen oftmals den Verlust lokaler

Arbeitsplätze. Mega-Projekte gefährden nicht nur die Umwelt, sondern auch die kleinbäuerliche und Pastoralökonomie im globalen Süden. Ein Beispiel dafür sei laut Wichterich die vom Konzern Nestlé geförderte Vertragslandwirtschaft: In diesem Fall erhalten Kleinbäuer*innen Saatgut und Dünger, werden aber erst nach Abzug der Input-Kosten für ihre Produkte bezahlt. Das Risiko werde im Namen einer Partnerschaft auf Bäuer*innen übertragen, die sich letztendlich von unabhängigen Produzent*innen zu abhängigen Konsument*innen entwickeln.

Von Entwicklung zu Partnerschaft?

Christa Wichterich machte das Publikum auf einen rhetorischen Wandel von „Entwicklung“ zu „Partnerschaft“ im Bereich der Entwicklungshilfe aufmerksam. So soll der von der deutschen Regierung im Jahr 2017 präsentierte Marshall-Plan für Afrika eine „Partnerschaft“ mit Investoren und Unternehmern darstellen. Ob der neue Entwicklungstrend tatsächlich eine Form von Partnerschaft schaffe, sei jedoch höchst fragwürdig – denn oftmals werden strukturelle Ungleichheiten zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Als Beispiel dafür nennt Wichterich etwa die Economic Partnership Agreements (EPAs). Diese europäische Rohstoff- und Investitionsoffensive soll Hindernisse im globalen Handel beseitigen, indem teilnehmende Staaten ihre Zolleinnahmen senken. Dieselben Maßnahmen würden jedoch vor allem im globalen Süden lokale Produktion durch Billigimporte verdrängen. Wichterich kritisierte allem voran das postkoloniale Verhalten der EU, welche afrikanischen Staaten, die sich weigerten, EPAs zu ratifizieren (etwa Nigeria und Tansania), mit Strafzöllen drohte.

Eurozentrismus und Business-Feminismus

Wichterich wies auch auf die eurozentrische Haltung von Initiativen wie dem „Women20“-Gipfel 2017 (W20) und dem deutschen „Marshall-Plan für Afrika“ hin. Die Investitionsoffensive der deutschen Regierung in Afrika verfolge das Ziel, Entwicklung zu fördern –und zwar nicht primär der Entwicklung willen, sondern um Migration nach Europa zu stoppen. Passend zur „Wachstums- und Effizienzlogik“ (Wichterich 2007) einer verschärften Globalisierung sollen laut W20 Frauen weltweit Gleichberechtigung erlangen – nicht etwa, weil sie ein Menschenrecht darauf hätten, sondern weil die Wirtschaft davon profitiere. Wie diese Art der Gleichberechtigung aussehen soll, orientiert sich primär an *westlichen* Forderungen und Problemen. Die „berechtigte liberale Forderung nach Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik“ sei „in Ländern des Nordens zum prioritären frauenpolitischen Programm erhoben worden und damit Feminismus von einem Konzept sozialer Gerechtigkeit für alle auf die Chancengleichheit von Aufstiegs- und Karrierewilligen verkürzt worden“ (Wichterich 2007).

Mit der beim W20 präsentierten „Du kannst es schaffen“-Mentalität werde Frauen vermittelt, dass sie in einem neoliberalen System aus Eigeninitiative aufsteigen können, wenn sie sich nur genug anstrengen. In Wahrheit bleiben viele Frauen, allen voran nicht-westliche, „zwischen klebrigem Boden und Glasdecke“ stecken (Wichterich 2015). Christa Wichterich hob hervor, dass die neoliberale Wirtschaft eine Care-Ökonomie – unbezahlte, meist von Frauen geleistete Versorgungsarbeit – brauche, um zu funktionieren. Die „orthodoxe Ökonomie“ schweige jedoch über „die Verflechtung von Produktion und sozialer Reproduktion“ und entgelte die Care-Ökonomie nicht (Wichterich 2007). „Diskriminierung

endet nicht mit der Marktintegration, im Gegenteil: Frauen als flexible billige Arbeitskräfte sind – wie die Weltbank dies propagiert – für Wachstums- und Produktivitätssteigerung gut instrumentalisierbar“ (Wichterich 2015). „Weil sie trotz Beschäftigung keine Existenzsicherung erwirtschaften, gehören viele Frauen zur neuen Klasse der working poor“ (Wichterich 2003).

Soziale und Geschlechtergerechtigkeit schaffen!

Das Forschungsinstitut für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen hielt 2005 fest: „In einer Welt, in der das dominante Modell soziale und ökonomische Ungleichheit vertieft und Marginalisierungen verstärkt, und in der Umverteilung keinen Platz hat (...), ist Geschlechtergleichheit nicht gewährleistet“. Wichterich fordert daher schon seit Langem ein Neudenken von Wirtschaftspolitik und Makroökonomie. Nicht-orthodoxe Ökonomieansätze wie der Schutz lokaler Märkte, regionale Kreisläufe, keynesianische Steuerung, eine größere ökonomische Wertschätzung der sozialen Reproduktion und öffentlicher Güter bieten oft bessere Chancen für soziale und Geschlechtergerechtigkeit.

Entwicklungs- und Ernährungssouveränität fordern!

Wie Christa Wichterich in ihrem Vortrag erklärte, führen extraktivistische und produktivistische Entwicklungsmodelle zu Ausbeutung und Abhängigkeit, anstatt zu Souveränität. Daher fordern viele afrikanische Staaten und Zivilgesellschaften nun Souveränität und das Recht, NEIN zu sagen. Die öko-feministische Initiative WoMin, „African women unite against destructive resource extraction“, wurde zum Beispiel von einer Gruppe afrikanischer Frauen gegründet, die sich gegen Ressourcen-Ausbeutung wehren. Auf ihrer Website (womin.org.za) informiert WoMin über fossile Brennstoffe, Energie und Klimagerechtigkeit. Für Wichterich signalisieren Gruppen wie WoMin einen Neuaufbruch in Richtung einer Form von Entwicklungsarbeit, die „Dynamiken der Globalisierung nicht als Naturgewalt“ hinnimmt (Wichterich 2003). Denn wahre Partnerschaft bedeutet, Ernährungs- und Entwicklungssouveränität zu schaffen, Care-Ökonomie anzuerkennen und die Wirtschaft „wieder an ethischen und sozialen Werten statt an den alles dominierenden Effizienz- und Profitprinzipien zu orientieren“ (ibid).

Autorin: Pia Hecher

Veröffentlicht am 20.12.2017 auf www.wide-netzwerk.at

© WIDE

¹ Zitate aus Publikationen von Christa Wichterich siehe:
<http://www.femme-global.de/publikationen/>